

Resolution der Ratsversammlung Neumünster vom 23.4.2013

Alle in der Ratsversammlung in Neumünster vertretenen Parteien wenden sich entschieden gegen Rassismus und Rechtsextremismus in unserer Stadt.

Nur der Konsens der demokratischen Parteien ermöglicht es, extremistische Gruppierungen geschlossen abzulehnen und darüber hinaus diesen Kräften keine öffentliche Plattform zu bieten.

Die Kandidatur der NPD zur Kommunalwahl am 26. Mai 2013 sehen wir - insbesondere nach dem Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde - mit großer Sorge. Diese vertritt einen unverhohlenen Rassismus sowie menschenverachtende Positionen und schreckt dabei auch nicht vor Gewalt zurück. Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen rechtsextremer Gewalt und rassistischer Diskriminierung. Wir setzen uns daher gemeinsam gegen den Einzug einer rechtsextremistischen Gruppierung in die Ratsversammlung ein.

Die unterzeichnenden Parteien haben sich deshalb auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt und erklären:

1. Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger in Neumünster auf, am 26. Mai wählen zu gehen. Eine hohe Wahlbeteiligung verkleinert die Chancen auf ein Mandat für die NPD.
2. Wir wenden uns dagegen, extremistischen Positionen ein Podium zu geben. Mit Vertreterinnen und Vertretern von diskriminierenden Positionen darf es keine Diskussion auf Augenhöhe geben.
3. Im Wahlkampf werden wir gemeinsam gegen die NPD und ihre extremistischen und diskriminierende Positionen Stellung beziehen.
4. Wir wenden uns an die Schulen: Auf Veranstaltungen in Schulen ist und darf kein Platz sein für menschenverachtende, rassistische oder andere extremistische Propaganda.
5. Veranstaltungen und Wahlkampfaktivitäten, mit denen sich die NPD als wählbare Alternative oder gar als demokratisch zu inszenieren versuchen, gilt es, mit den Mitteln des demokratischen und friedlichen Protestes zu begegnen. Diesen werden wir aktiv unterstützen.